



Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

Univ.-Prof. Dr. Colin Crouch

a.Univ.Prof. Dr. Walter Ötsch

Präsident der Arbeiterkammer Oberösterreich

Politikwissenschaftler und Soziologe,

Universität Warwick, Großbritannien

Leiter des Instituts für die Analyse der

Gesamtwirtschaft (ICAE), Johannes-Kepler-

Universität Linz

## **Zur Macht der Wirtschaftselite in der Politik**

Pressekonferenz

Freitag, 2. Dezember 2011, 10.00 Uhr

Arbeiterkammer Linz, Volksgartenstraße 40,

5. Stock, Seminarraum 3

***Am 1. und 2. Dezember veranstaltet das Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) der Johannes-Kepler-Universität Linz eine Tagung mit dem Titel „Demokratie! Welche Demokratie?“. Der bekannte britische Politikwissenschaftler Colin Crouch erläutert das Konzept der Postdemokratie, und der Leiter des ICAE, Walter Ötsch, spricht über den Mythos Markt. Die Arbeiterkammer Oberösterreich bekräftigt ihre Forderung „Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!“ als Konzept, um demokratiegefährdenden Entwicklungen entgegenzutreten.***

## **Colin Crouch: Postdemokratie – die Macht der Wirtschaftselite gefährdet die Demokratie**

Die Demokratie befindet sich aktuell in einer paradoxen Situation. Obwohl mehr Staaten denn je faire und demokratische Wahlen abhalten und die demokratischen Institutionen formal völlig intakt sind, entwickeln sich politische Verfahren und Praktiken zunehmend zurück in vordemokratische Zeiten. Es mangelt nicht an globalen politischen Institutionen, aber an ihrer demokratischen Qualität. Der Begriff „Postdemokratie“ bezeichnet diese Entwicklung.

Postdemokratie beschreibt einen starken Trend in der Politik: Eine globale Wirtschaftselite aus großen Unternehmen und internationalen Konzernen – also eine kleine Minderheit – vertritt ihre Interessen, indem sie politische Entscheidungsprozesse durch Lobbying beeinflusst, weit erfolgreicher als die überwältigende Mehrheit der Bürger/-innen. Die politische Elite hat gelernt, die Forderungen der Menschen zu lenken und zu manipulieren. Die Bevölkerung ist zunehmend frustriert, gelangweilt und desillusioniert, weil ihr eine passive Rolle zugewiesen und reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht wird. Wahlkämpfe verkommen zu einem reinen Spektakel, in dem konkurrierende Kommunikations-Profis gegeneinander antreten. Dieses System begünstigt auch die Korruption von politischen Entscheidungsträger/-innen. Politische Forderungen, die auf Verteilungsgerechtigkeit abzielen und die Macht mächtiger Interessengruppen einschränken wollen, sind nicht mehr umsetzbar, auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung von ihnen profitieren würde.

Noch leben wir nicht in dieser postdemokratischen Gesellschaft, aber in vielen westlichen Ländern – besonders in den Vereinigten Staaten und Großbritannien – zeigen sich vermehrt Tendenzen und Entwicklungen, die in diese Richtung weisen.

## **Die Macht der Wirtschaftselite nimmt zu**

Während Unternehmen und Konzerne global agieren, sind Regierungen und Bürger/-innen weitgehend national verhaftet. Große Unternehmen und multinationale Konzerne können daher damit drohen, abzuwandern, wenn ihre politischen Forderungen nicht erfüllt werden. Je größer ein Unternehmen ist und je mehr Arbeitsplätze bei einer Abwanderung gefährdet sind, desto höher ist das Drohpotential. Auf Grund ihrer ökonomischen Stärke können sie stärkere Verbände und Lobbys einsetzen als Akteure/-innen der Zivilgesellschaft. Anstatt die Macht der Regierung dazu zu nutzen, die Konzentration privater Macht zu begrenzen, wird der Einfluss des Staates in vielen Bereichen eingeschränkt. Dies spielt jenen in die Hände, die ihren Einflussbereich ausdehnen und Regulierungen entkommen wollen.

## **Erschwerter Politikzugang für schwächere Gruppen**

Politiker/-innen sind zweifach von großen Unternehmen und multinationalen Konzernen abhängig: Einerseits sorgen diese für Investitionen und wirtschaftlichen Erfolg, andererseits beschaffen diese den Parteien Ressourcen – in der Hoffnung auf eine für sie günstige Politik und (De-) Regulierung. Demgegenüber verliert die Mehrheit der Bürger/-innen politisches Gewicht. Aufgrund des Strukturwandels in der Arbeitswelt haben die Heterogenität innerhalb der Arbeitnehmerschaft zu- und ihr gewerkschaftlicher Organisationsgrad abgenommen. Besonders der wachsende Dienstleistungssektor und die wachsende Zahl von prekären Arbeitsplätzen vergrößern auch die Interessenkonflikte unter den Beschäftigten. Die daraus resultierende Arbeitsplatzunsicherheit und der steigende Leistungs- und Arbeitsdruck erschweren die Teilhabe der Bürger/-innen am gesellschaftlichen und politischen Leben.

Die Bindung der Politik an die Interessen der ärmeren Bevölkerungsgruppen wird immer schwächer. Politischen Parteien verlieren ihre Vermittlungsfunktion zu wesentlichen Teilen der Bevölkerung und müssen auf Umfragen und andere Techniken der Marktforschung zurückgreifen, um die Meinungen und Anliegen der Bürger/-innen kennenzulernen. Entsprechend wenden sich mehr und mehr Bevölkerungsgruppen von der (Partei-) Politik ab.

## **Wohlfahrtstaatabbau und wachsende Ungleichheit als Ergebnis der postdemokratischen Entwicklung**

Die Konsequenzen der postdemokratischen Entwicklung zeigen sich schon in vielen Ländern: der Abbau des Wohlfahrtstaates bis auf ein Minimum, das nur

noch Hilfe für die Ärmsten sicherstellt und sich nicht um die Teilhabe aller am gesellschaftlichen und ökonomischen Leben kümmert. Das Wohlstandsgefälle zwischen Arm und Reich wächst, ohne dass das Steuersystem wirklich umverteilt. Die Politik kümmert sich vor allem um eine kleine Wirtschaftselite anstatt der Konzentration privater Macht entgegenzutreten.

### **Befremdliches Überleben des Neoliberalismus**

Während in jüngster Zeit der „gerettete“ Finanzsektor steigende wirtschaftliche und politische Bedeutung erlangt, ist der öffentliche Sektor von markanten Kürzungen und von Bedeutungsverlust betroffen. Der Neoliberalismus hat erstaunlich gefestigt die Krise überlebt. Obwohl Neoliberalismus „freie Marktwirtschaft“ predigt, tut er alles für einen von Großunternehmen beherrschten Markt. Daher tobt derzeit nicht etwa ein Kampf Staat gegen Markt, sondern ein Dreikampf zwischen Großunternehmen, Markt und Staat, in dem marktbeherrschende, mit der Politik verflochtene Unternehmen gegen „freie“ Marktprozesse wirken und zudem die Demokratie gefährden.

## **Walter Ötsch: Der Mythos Markt**

Das politische System hat Züge der Postdemokratie angenommen. Die Macht der Wirtschaftselite in einem solchen System wird medial auch durch Vorstellungen und Bilder über den Bereich der Wirtschaft vermittelt. Die aktuelle Krise der Staatsfinanzen im Euroraum bildet dafür ein gutes Beispiel. Jeden Tag lesen wir, dass „die Märkte“ Staaten und ihre politische Führung in dieser oder jener Weise bewerten. Dahinter steht die Vorstellung eines Prozesses, eines Systems, einer Institution usw., die nach ihren eigenen Regeln ablaufen, stärker als politisches Wollen sind und die von der Politik, so glaubt man, nicht beeinflusst werden können. Diese Vorstellungen sind aber, wie man zeigen kann, irrig: Sie basieren auf Modellen über die Wirtschaft (auch über die Finanzmärkte), die in hohem Maße fragwürdig sind.

Aber falsche Vorstellungen über „den Markt“ können politisch relevant sein, wenn die handelnden Akteure/-innen sie für wahr halten und Medien sie vermitteln. Die für die Rettung der Staaten notwendigen Summen werden deshalb immer größer, weil die Politiker/-innen die Macht „der Märkte“ als gegeben hinnehmen, aber nicht das tun, was sie tun sollten: „die Märkte“ und ihre Bedingungen aktiv zu führen und sie zu gestalten.

## **Reform der Finanzmärkte fehlt nach wie vor**

Genau diese Politik wurde bei der Rettung der Banken und der Stützung der Konjunktur ab dem Herbst 2008 unternommen: Historisch einmalige Summen und ein entschlossenes und koordiniertes Vorgehen der Staaten und Nationalbanken weltweit haben das globale Wirtschaftssystem vor einem Kollaps bewahrt. Durch die immense Höhe der aufbotenen Summen ist die Staatsverschuldung (die vorher z.B. im Euroraum relativ konstant war) seither deutlich gestiegen. Jetzt wenden sich die Finanzmärkte gegen einzelne Staaten. Sie können dies, weil die Politik nicht getan hat, was sie im Herbst 2008 versprochen hat: die Finanzmärkte zu reformieren und die Macht der großen Investoren und Banken zu verringern. Im Kern wurden seitdem die herrschenden Auffassungen von der Macht „des Marktes“ nicht in Frage gestellt und die Finanzmärkte nicht wirklich verändert.

## **Das Finanzsystem wendet sich gegen einzelne Staaten**

Jetzt wendet sich dieses System gegen einzelne Staaten. Die Politik, vor allem die Deutschlands, setzt dem kein Projekt entgegen, das den Primat der

Politik vor der Wirtschaft (genau das hat die Rettung des Wirtschaftssystems ab Herbst 2008 bewirkt) wiederherstellen könnte. Im Gegenteil: Basierend auf der Logik „der Märkte“ wird versucht, private Spekulation durch staatliche zu „zähmen“, etwa durch den Stabilitätsfonds. Eine solche Politik ist zum Scheitern verurteilt, wie man an der sich seit zwei Jahren stetig verschlimmernden Situation im Euroraum mit immer größeren Risiken sieht. Die dabei zu beobachtende Selbstaufgabe der Politik enthält jene Elemente, die Colin Crouch als „postdemokratisch“ bezeichnet: Die Politik gibt keinen Überblick über Trends und historische Zusammenhänge (jedes Land wird getrennt diskutiert), erklärt der Bevölkerung die Lage nicht und vermittelt keine Perspektiven, wie es positiv weitergehen könnte. Es gibt z.B. kein Projekt gegen die hohe Arbeitslosigkeit von Jugendlichen. Die Politik hinkt hinter „den Märkten“ her. Politische Entscheidungsprozesse werden durch Druck auf einzelne Länder und Expertenregierungen ausgehebelt: eine neue Phase der fortschreitenden „Postdemokratie“?

## **Johann Kalliauer: Entdemokratisierung entgegenwirken**

Die Analyse von Colin Crouch hat gezeigt, dass das hohe Macht-Ungleichgewicht zwischen den Interessen großer Unternehmen und Konzerne und allen übrigen Gruppen der Gesellschaft demokratiegefährdend ist. Das unterstreicht die Wichtigkeit von Institutionen wie der Arbeiterkammer und der Gewerkschaft, die die Interessen von Arbeitnehmern/-innen gegenüber Unternehmen und Politik vertreten und ihre Mitbestimmung in Staat und Wirtschaft gewährleisten. Besonders wichtig ist es, Arbeitnehmern/-innen zu ermöglichen, innerhalb eines Unternehmens selbst für ihre Interessen einzustehen. Demokratie darf nicht vor dem Werkstor oder dem Bürogebäude enden. Dazu bedarf es einer Ausweitung der individuellen und betriebsrätlichen Mitbestimmungsrechte in den Unternehmen.

## **Mitspracherechte ausbauen**

Um einer „postdemokratischen“ Entwicklung unserer Gesellschaft entgegenzuwirken, muss politische Demokratie durch wirtschaftliche Demokratie in der Arbeitswelt ergänzt und gefestigt werden. Dazu bedarf es der Mitbestimmungsmöglichkeit der Beschäftigten an ihrem eigenen Arbeitsplatz – vor allem bei der Festlegung der Arbeitszeiten sowie von Zielvereinbarungen und Leistungsvorgaben. Eine Befragung von Betriebsräten/-innen in Oberösterreich durch das Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) der AK Oberösterreich hat ergeben, dass Leistungsvereinbarungen nur in der Hälfte der Fälle durch Übereinkunft zwischen Mitarbeiter/-in und Führungskräfte abgeschlossen wird, die andere Hälfte wird einseitig durch Führungskräfte diktiert. Auch die Betriebsräte/-innen werden nur in einem Viertel der Fälle in die Festlegung von Zielen eingebunden. Fast die Hälfte der Befragten gibt an, dass in ihrem Betrieb die gestellten Aufgaben in der verfügbaren Zeit nicht bewältigt werden können.

Ebenso notwendig wie Mitspracherechte am eigenen Arbeitsplatz ist die Möglichkeit der Mitbestimmung von Beschäftigten und Betriebsräten über wirtschaftliche Entscheidungen des Unternehmens, besonders über den Personalstand, die Investitionen und die Gewinnverteilung. Es ist weder tragbar noch demokratiepolitisch verantwortlich, dass der wirtschaftliche Druck von oberster Stelle an die einzelnen Mitarbeiter/-innen weitergegeben und laufend erhöht wird, letztere aber in die wirtschaftlichen Entscheidungen nicht eingebunden sind.

In Kapitalgesellschaften soll die Belegschaftsvertretung im Aufsichtsrat auch über Vorstandsangelegenheiten mehr mitentscheiden können, besonders bei der Festlegung von Managementbezügen.

### **Gegen „maximale Rendite um jeden Preis“**

Mitbestimmung von Belegschaft und Betriebsräten/-innen über wirtschaftliche Entscheidungen der Unternehmen wie Personalstand, Investitionen und Gewinnverteilung gewährleistet, dass die einseitige Orientierung der Unternehmen an den Interessen der „Shareholder“, also der Anteilseigner/-innen, aufgebrochen wird. Die „Shareholder-Value“-Orientierung stellt die maximale Rendite für Eigentümer/-innen und Anteilseigner/-innen in den Mittelpunkt und verleitet zu kurzfristigem Denken. Die Interessen der Arbeitnehmer/-innen an sicheren Arbeitsplätzen mit guten Einkommens- und Arbeitsbedingungen werden ebenso ignoriert wie die Interessen anderer Gesellschaftsgruppen an einem nachhaltigen und ökologischen Wirtschaften der Unternehmen. Dieser ausschließlich an kurzfristigen Profitinteressen orientierten Unternehmenspolitik muss ein Riegel vorgeschoben werden, beispielsweise durch die Kopplung von Boni-Zahlungen und Vorstandsbezügen an soziale, beschäftigungsrelevante und ökologische Kriterien sowie durch die Abfederung und Regulierung des von Führungskräften auf Mitarbeiter/-innen ausgeübten Drucks.

### **Öffentliche Unternehmen und Re-Regulierung**

Privatisierung und Deregulierung nutzen in der Praxis oft nur den großen Unternehmen und multinationalen Konzernen auf Kosten von Versorgungssicherheit und Stabilität. Der Einfluss der Politik, der die Konzentration privater Wirtschaftsmacht begrenzen sollte, schwindet. In den letzten Jahren zeigten sich die fatalen Auswirkungen für Arbeitnehmer/-innen in Folge der Deregulierung der Finanzmärkte. Die Politik sollte in diesen Märkten ihren Einfluss durch Re-Regulierung zurückgewinnen und von Privatisierungen weiterer öffentlicher Unternehmen, besonders im Energie-, Gesundheits- und Bildungssektor, absehen.

### **Demokratisierung der Finanzmärkte**

Schließlich bedarf es einer umfassenden Demokratisierung der Gestaltung der Finanzmärkte. Von Beginn der Reformdiskussion weg müssen in den einzelnen Bereichen das EU-Parlament, die Sozialpartner und die NGOs eingebunden sein. Gewerkschaften müssen in sämtlichen Regulierungs- und Auf-

sichtsgremien vertreten sein. Für eine höhere Transparenz ist auch eine Vereinfachung des gesetzlichen Regelwerks und der Strukturen notwendig.

## **Forderungen der AK:**

### **Finanzmarktpolitik fair und demokratisch gestalten!**

- **Klare und rasche Regulierung der Instrumente, des Handels und der Institutionen der Finanzmärkte.** Ziel muss sein, dass die Finanzmärkte wieder die Entwicklungen in der Realwirtschaft unterstützen und nicht gefährden.
- **Schließung von Steueroasen** und die **Einführung einer EU-Finanztransaktionssteuer** zur Überwindung der Krise.
- **Wirkungsvolle Maßnahmen zur Bekämpfung von Spekulationsattacken gegen einzelne Staaten:** Staaten dürfen bei ihrer Finanzierung nicht Spekulanten und profitgetriebenen Banken ausgeliefert sein. Dazu beitragen können gemeinsame Europäische Anleihen (Eurobonds), die die Risiken und Lasten auf alle Euro-Staaten verteilen.

### **Ausbau der Wirtschaftsdemokratie!**

- **Mehr Mitspracherechte von Beschäftigten und Betriebsrat** im Betrieb bei der Bemessung des Personalstands, der Arbeitszeit, den Arbeitsbedingungen, den Investitionen und der Gewinnverteilung.
- **Mitbestimmung des Betriebsrats im Aufsichtsrat** auch in Vorstandsangelegenheiten (z.B. Festlegung von Managementbezügen).
- **Der „maximalen Rendite um jeden Preis“** entgegenzutreten durch: Koppelung von Boni-Zahlungen an beschäftigungsrelevante, soziale und ökologische Kriterien, Verbot von Aktienoptionen und Begrenzung der steuerlich als Betriebsausgabe absetzbaren Managementbezüge.